

Wie geht's dem Standort? Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in Österreich

*Nicolas Barden, Sarah Beran, Michael Ertl, Daniel Witzani-Haim**

ZUSAMMENFASSUNG

Wettbewerbsfähigkeit findet vor allem auf unternehmerischer Ebene statt und ist dennoch nicht gleichzusetzen mit dem Vergleich von preislichen Entwicklungen. Sie muss holistischer gedacht werden als ergebnisorientierte Wettbewerbsfähigkeit, mit der wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele verfolgt werden. Österreichs exportorientierte Unternehmen sind dann erfolgreich, wenn sie im globalen Wettbewerb bestehen können, wobei gute Arbeitsbedingungen und hohe Investitionen zentral sind. Der Sozialstaat trägt ebenfalls zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bei, indem er Produktivität durch soziale Sicherung und Bildung steigert. Länder stehen hingegen nicht im Wettbewerb zueinander und sollten nicht durch Exportüberschüsse und Lohndumping andere Länder unter Druck setzen. Stattdessen müssen die großen Herausforderungen wie die Klimakrise, die Digitalisierung oder der demografische Wandel europaweit und gemeinsam gemeistert werden. Dafür braucht es eine mutige Industriepolitik, massive Investitionen sowie eine Förderung der Qualifizierung von Beschäftigten, um den langfristigen Wohlstand zu sichern.

SCHLÜSSELBEGRIFFE

Wettbewerbsfähigkeit, Österreich, Standort, Kooperation, Wohlstand

DOI

10.59288/wug502.257

* Editorials in „Wirtschaft und Gesellschaft“ spiegeln die Debatte und Positionierung der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der AK Wien zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen wider. Als Autor:innen sind die Verfasser:innen des Entwurfs des Editorials genannt.

Die Auswirkungen der Teuerungskrise, der Rückgang von Direktinvestitionen, der Anstieg der Insolvenzen und die abklingende Industrierezession haben zuletzt wieder verstärkt Debatten um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ausgelöst. Insbesondere die relativ zu unseren europäischen Handelspartnern gestiegenen Lohnstückkosten in exportorientierten Industrien stehen im Fokus der aus unserer Sicht jedoch verkürzten Debatte. Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck, sondern sollte zur Steigerung des gesellschaftlichen Wohlstands beitragen. Vor diesem Hintergrund muss Wettbewerbsfähigkeit auf makroökonomischer Ebene breiter gedacht und neu bewertet werden. Außerdem lohnt es sich zu hinterfragen, in welchen Bereichen das Konzept überhaupt Sinn macht.

Österreichs exportorientierte Unternehmen sind dann erfolgreich, wenn sich ihre Waren und Dienstleistungen im globalen Wettbewerb behaupten können. Ihre Wettbewerbsfähigkeit ergibt sich dabei zentral aus den Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigte. Die kollektivvertragliche Lohnpolitik schafft gemeinsam mit einem gut ausgebauten Sozialstaat und Bildungssystem gute und sichere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte. Damit werden auch Wettbewerbsvorteile für Unternehmen geschaffen, deren mittelfristig hohe Investitionen das Vertrauen in den Standort zeigen. Österreich als Staat wiederum steht nicht im Wettbewerb, sondern muss Wohlstand schaffen, ohne andere Länder auszubooten. Zur Bewältigung des ökologischen und digitalen Strukturwandels braucht es daher eine gestärkte Kooperation innerhalb und außerhalb Österreichs, eine mutige Industriepolitik und eine Abkehr von exportorientierten Wachstumsmodellen, die zu hohen und problematischen Leistungsbilanzunterschieden führen.

Was ist Wettbewerbsfähigkeit?

Das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit wird häufig als zentraler Maßstab für den wirtschaftlichen Erfolg von Nationen und Regionen herangezogen. In Lehrbüchern der Volkswirtschaft (vgl. Blanchard/Illing 2009; Engelkamp/Sell 2013) sowie in Debatten wird Wettbewerbsfähigkeit häufig nicht definiert, sondern nur als Schlagwort zur Durchsetzung einer eigennützigen Agenda verwendet. Insbesondere die Vertreter:innen der exportorientierten Industrie füttern gerne das Narrativ, dass höhere Löhne einen Wettbewerbsnachteil darstellen, da sie zu höheren Produktpreisen führen und somit die Wettbewerbsfähigkeit auf dem globalen Markt beeinträchtigen würden. Diese Sichtweise stellt jedoch nur einen kleinen Ausschnitt des Gesamtbildes dar und reduziert die Debatte auf einen seit Jahrzehnten veralteten Wissensstand.

Was ist jenseits ideologischer Debatten State of the Art, wenn es um Wettbewerbsfähigkeit geht? Aiginger (2017) sowie Aiginger/Bärenthaler-Sieber/Vogel (2013) beschreiben den Wandel der Konzepte von Wettbewerbsfähigkeit ausführlich. Die Konzepte lösen sich dabei nicht vollständig ab, sondern koexistieren, und die Dominanz in der Debatte variiert mit dem Zeitgeist. Das früheste Konzept ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, die besonders ver-

kürzt ausschließlich mit niedrigen Löhnen, Steuern, Kapital- und Energiekosten gleichgesetzt wird. Eine erste Weiterentwicklung bestand in der Bewertung der Kosten im Verhältnis zur Produktivität, also in der Betrachtung der Stückkosten bzw. Lohnstückkosten.

Seit den 1980er-Jahren hat die Diskussion um die *qualitative* Wettbewerbsfähigkeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Diese erweiterte Perspektive berücksichtigt, wie schon der Name sagt, auch qualitative Kriterien wie technisches Know-how, Image, Qualität, Infrastruktur, Investitionen sowie die Qualität des Bildungssystems und ermöglicht so sektorale Industriepolitik und staatliche Interventionen zugunsten zukunftsträchtiger Wirtschaftssektoren (Aiginger 2017). In der Fachliteratur finden sich zahlreiche Debatten und empirische Analysen zu der Frage, ob Preis- oder Qualitätswettbewerb zwischen Ländern dominiert (Fagerberg 1988; Carlin/Glyn/Van Reenen 2001; Aiginger 1998) – ohne abschließendes Ergebnis. Auch die Politik griff diese Debatten auf, und so kam es auf europäischer Ebene zu einer leichten Verschiebung. Die umstrittene Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 war zwar weiterhin angebotsorientiert und stark von neoliberalen Vorstellungen geprägt, forderte aber von den EU-Ländern auch die Förderung der qualitativen Wettbewerbsfähigkeit durch eine wissensbasierte Wirtschaft in Europa. Daraus resultierte beispielsweise eine neue Dynamik in der Aus- und Weiterbildung.

Es folgte ein verstärkter Fokus auf wertschöpfungsorientierte Wettbewerbsfähigkeit, und insbesondere die Exporte standen im Mittelpunkt. Die Wettbewerbsfähigkeit galt als entscheidende Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung, vor allem Exportüberschüsse wurden mit einer „gesunden“ Wirtschaft gleichgesetzt. Diese Sichtweise verengte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auf die Auslandsnachfrage und vernachlässigte den privaten sowie staatlichen Konsum und die Investitionen. Dies war problematisch, da das Verhältnis dieser Komponenten zueinander entscheidend für die Effektivität und Effizienz wirtschaftspolitischer Maßnahmen ist. Wenn der Anteil der Binnennachfrage an der Gesamtnachfrage deutlich höher ist als der Exportanteil, sind logischerweise auch andere Instrumente zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung erforderlich.

Die Fixierung auf Exporte und die damit verbundene Lohnzurückhaltung ignorieren somit wichtige gesamtwirtschaftliche Effekte. Unter anderem Stockhammer (2007) analysiert etwa die Auswirkungen der Einkommensverteilung auf die Gesamtnachfrage und zeigt für den Euroraum als Ganzes, dass eine Erhöhung der Lohnquote entgegen verbreiteten Annahmen zu einer Erhöhung der Gesamtnachfrage und damit zu mehr Beschäftigung führt. Feigl/Zuckerstätter (2012) ergänzen diese Perspektive und zeigen mittels Deflatorzerlegung, dass weder die Lohnstückkosten noch die beobachteten Preissteigerungen die Exportentwicklung adäquat erklären können. Sie weisen zudem darauf hin, dass die Binnennachfrage innerhalb Europas im betrachteten Zeitraum den Großteil der Wirtschaftsleistung ausmacht.

Inbesondere in der Zeit rund um die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 wurde viel über die Leistungsbilanzen der Länder diskutiert. Während Deutschland als Export-

weltmeister gefeiert wurde, wurde Griechenland vorgeworfen, über seine Verhältnisse zu leben. Dabei ging es nicht um die *Leistungsfähigkeit* der Länder, sondern um die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zwischen den Volkswirtschaften. In Ländern mit Leistungsbilanzdefizit wie Spanien und Griechenland wuchs die Wirtschaft kräftig. Das Wachstum wurde von einer kreditfinanzierten Expansion der Inlandsnachfrage getragen, die auch zu einer starken Ausweitung der Importe führte. In den Überschussländern wie Deutschland und Österreich war das Wirtschaftswachstum ausschließlich exportgetrieben. Die Gewinne schlugen sich weder in der Binnennachfrage noch in den Importen nieder. Man könnte also sagen, dass diese Länder nicht unter Exportüberschüssen, sondern unter Importdefiziten litten. Doch trotz der offenkundigen Tatsache, dass dieses Ungleichgewicht von zwei Seiten reduziert werden kann, hielt die Europäische Kommission 2015 an ihrer Fixierung auf Leistungsbilanzüberschüsse fest und forderte nationale Wettbewerbsräte, die die Lohnkostenentwicklung stärker an jene in den wichtigsten Exportländern angleichen sollen. Dieser Vorschlag wurde bisher nicht umgesetzt, aber es ist ein Beispiel dafür, wie jede Krise genutzt wird, um mit dem „Argument“ der Wettbewerbsfähigkeit die Löhne und Rechte der Arbeitnehmer:innen unter Druck zu setzen.

Der Ausbruch der COVID-Pandemie führte zu einer weiteren Verschiebung in der Debatte über die Wettbewerbsfähigkeit: Einerseits erschwerten Lieferkettenengpässe die Beschaffung und Produktion, andererseits wurde die Konkurrenz, in der die Länder zueinander stehen, zu einem schlagartigen Problem, wenn es um kritische Güter und Ressourcen ging. Resilienz statt Effizienz wurde zum kurzfristigen Credo der Zeit, bis die exportorientierte Industrie erneut eine Debatte über die preisliche Wettbewerbsfähigkeit anstieß, die auch im von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen sogenannten Letta-Bericht aufgegriffen wurde (Letta 2024).

Sollte Wettbewerbsfähigkeit überhaupt ein Ziel sein?

Eine Fixierung auf Wettbewerbsfähigkeit in der Wirtschaftspolitik führt statt zu Kooperation in erster Linie zu Konkurrenz zwischen den Staaten. Was in einem einzelnen Markt zwischen Unternehmen durchaus zu einer Produktivitätssteigerung führen kann, funktioniert nicht für ganze Volkswirtschaften, insbesondere wenn die wichtigsten Handelspartner in der EU andere europäische Länder sind. Wenn alle versuchen, höhere Exportziele zu erreichen, muss es Verlierer:innen und Gewinner:innen geben. Dies führt auf europäischer und globaler Ebene zu einem Gefangenen-Dilemma (Kowall 2021). Das optimale Ergebnis würde eigentlich durch Kooperation der einzelnen Länder erreicht werden, da aber die beste Strategie jedes einzelnen Landes darin besteht, eigennützig zu handeln, ist das Gesamtergebnis für die Gesellschaft das denkbar schlechteste. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit findet also ein gegenseitiger Unterbietungswettbewerb in Bezug auf nationale Arbeits- und Umweltstandards statt. Dies zeigt sich auch in der europäischen „Gold-Plating“-Debatte: Unternehmensvertretungen und zuletzt auch Enrico Letta (2024) fordern eine Anpassung

der arbeits- und sozialrechtlichen Normen sowie der Umweltstandards nach unten. Sie halten nationale Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer:innen und Umwelt, die über den europäischen kompromissfähigen Mindeststandards liegen, für überflüssigen Luxus – also für „Gold-Plating“ – und somit für wettbewerbshemmend. Das steht jedoch in einem unmittelbaren Zielkonflikt mit Artikel 3 des Vertrags über die Europäische Union, der festhält, dass das Ziel der Union das „Wohlergehen“ aller Europäer:innen ist.

Bereits 1994 bezeichnete der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman die verstärkte strategische Ausrichtung der Europäischen Union auf Wettbewerbsfähigkeit zur Bekämpfung von Wachstums- und Beschäftigungsschwächen als „gefährliche Obsession“ (Krugman 1994). Er argumentierte, dass es problematisch sei, die Wettbewerbsdynamik einzelner Unternehmen auf ganze Volkswirtschaften zu übertragen, da dies zu falschen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen und potenziellen (schweren) Handelskonflikten führen könne.

Im Bewusstsein dieser Probleme und der Vereinnahmung von Wettbewerbsfähigkeit muss die Schlussfolgerung lauten: Eine Wettbewerbsfähigkeit, die sich am BIP und dessen Wachstum als Ziel orientiert, ist den gleichen Kritikpunkten ausgesetzt wie das BIP selbst: Wohlstand und Lebensqualität sind nicht nur an der Produktion zu messen, sondern auch an guter Beschäftigung, sozialer Absicherung, Einkommensverteilung, Armutsvermeidung, Gesundheit und ökologischer Nachhaltigkeit. Aiginger/Bärenthaler-Sieber/Vogel (2013) definieren daher eine wirkungsorientierte Wettbewerbsfähigkeit mit Beyond-GDP-Zielen, die ökologische Ziele und Work-Life-Balance ebenso umfassen wie soziale Ziele. Auch Peneder (2017) weist mit seinem „Eisberg“-Modell der Wettbewerbsfähigkeit eindrücklich darauf hin, dass Wettbewerbsfähigkeit die Entwicklungsfähigkeit eines Wirtschaftssystems ist. Darunter versteht er die Erzielung eines hohen Realeinkommens bei gleichzeitiger qualitativer Verbesserung auf Makro-, Meso- und Mikroebene. Wettbewerbsfähigkeit findet also auf der Ebene von Unternehmen, Sektoren und Volkswirtschaften statt und ist die Fähigkeit, den Lebensstandard langfristig zu erhöhen.

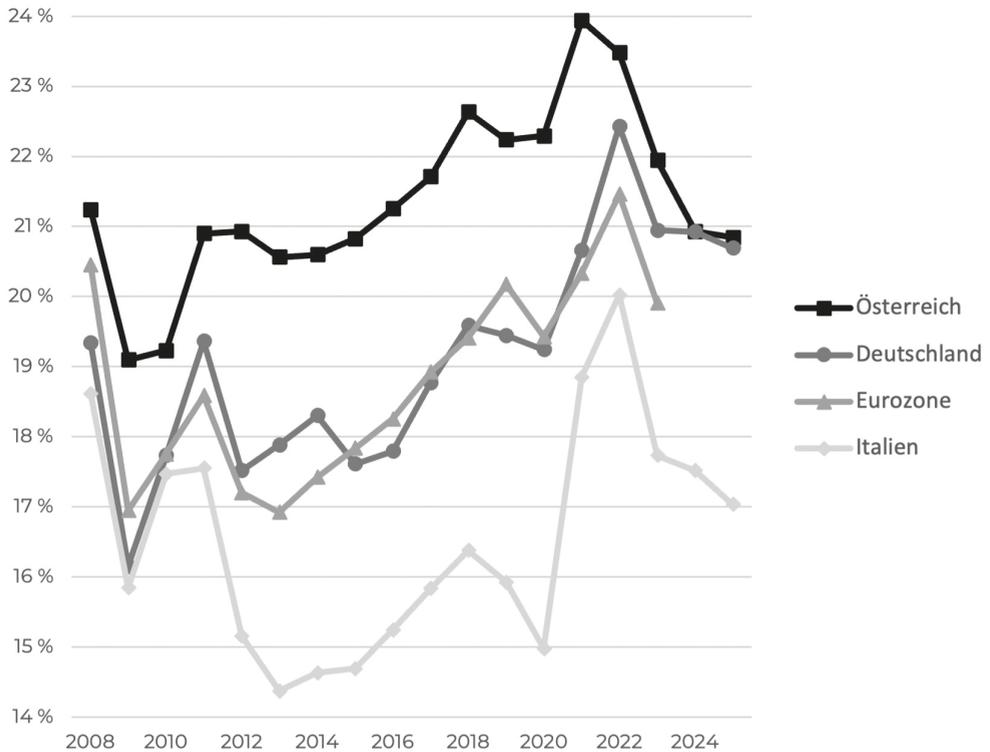
Diese Definitionen sind nicht nur jene, die im Einklang mit den Verträgen der Europäischen Union stehen, sondern auch jene, die die Rechte der Arbeitnehmer:innen nachhaltig sichern, die Umwelt im Fokus haben und den Wohlstand für alle vorantreiben. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) greift deshalb im jährlich erscheinenden „WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft“ seit 2020 erweiterte Wohlstandskriterien auf. Neben Indikatoren wie Leistungsbilanz und Wirtschaftsleistung fließen auch CO₂-Intensität, Modal Split im Güterverkehr, Armutsgefährdungsquote und Einkommensverteilung in die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes ein (siehe Peneder et al. 2023). Die langfristige und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit bildet auch die Grundlage für den Bericht des Produktivitätsrates, der seit 2023 im Kontext der europäischen Wettbewerbsdebatte erscheint (siehe Produktivitätsrat 2023). Die Arbeiterkammer war hier eine Vorreiterin, sie veröffentlicht bereits seit 2018 jährlich den „AK-Wohlstandsbericht“. Dieser misst die nachhaltige Wohlstandsentwicklung in Österreich anhand verschiedener

Indikatoren aus der breiteren und vollständigeren Betrachtung von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Darunter fallen Kennzahlen zu real verfügbarem Einkommen, Beschäftigungsquote, Einkommensverteilung, physischer Sicherheit, Feinstaubbelastung, Treibhausgasemissionen, Preisstabilität und vielem mehr. Betrachtet werden die Kategorien gerecht verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, Lebensqualität, intakte Umwelt und wirtschaftliche Stabilität (siehe Premrov et al. 2023).

Zusammenfassend stellen wir fest: Die Fixierung von Ländern auf Wettbewerbsfähigkeit ist per se kritisch zu betrachten, da sie zu einem Gefangenendilemma und damit zu einem Wettbewerb nach unten führt. Wenn man dennoch von Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften sprechen will, dann muss man eine breite Definition anwenden, die eine langfristige und nachhaltige Wohlstandsentwicklung im Auge hat – hierbei kann berechtigterweise die Frage gestellt werden, ob es sich dann noch um einen *Wettbewerb* zwischen Ländern handelt oder nicht gleich von Wohlstand gesprochen werden soll. Auch wir wollen uns ansehen, wie es derzeit um die österreichische „Wettbewerbsfähigkeit“ steht, die sich aber sowohl an wirtschaftlichen als auch sozialen und ökologischen Zielen orientiert.

Österreichs Industrie investiert kräftig, Beschäftigte von Teuerungskrise betroffen

Wirtschaftlich zeigt sich ein gemischtes Bild. Trotz gestiegener Insolvenzen und Industrierezession der letzten Quartale investieren Österreichs Unternehmen langfristig in den Standort. Die private Investitionsquote erreichte 2023 21,9 % des BIP, damit liegt Österreich einen Prozentpunkt über Deutschland und zwei Prozentpunkte über dem Eurozonen-Schnitt. Abbildung 1 zeigt, dass die österreichischen Privatinvestitionen auch in der Prognose für 2024 und 2025 trotz Einbrüchen überdurchschnittlich bleiben – und in den vergangenen Jahren teils mehrere Prozentpunkte über anderen Ländern wie Deutschland oder Italien lag. Die Industrieproduktion ist seit 2015 um knapp ein Viertel gewachsen – eine Steigerung, die um ein Drittel höher ist als jene Deutschlands und um 18 % höher als jene der EU. Die Unternehmer:innen halten den Standort offensichtlich für wettbewerbsfähig und investieren kräftig. Der Warenexport lag im Ende 2023 real um ein Drittel höher als 2015, die private Konsumnachfrage hingegen nur um 6 %. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre war geprägt durch COVID und die Teuerungskrise, die das Konsumwachstum gebremst haben, nicht durch schwachen Export. Der private Inlandskonsum machte 2023 32 % der Gesamtnachfrage aus, die Exporte kamen auf knapp 39 % (staatliche Konsumausgaben: 13 %; Bruttoinvestitionen: 15 %; Glocker/Ederer 2024). Durch hohe Zinsen, eine schwächelnde europäische Wirtschaft und für längere Zeit zu hohe Energiepreise sind die Investitionen zuletzt zurückgegangen. Die österreichische Wirtschaftspolitik hat in der Preispolitik weitgehend versagt und keinerlei sinnvolle Eingriffe in die Energiemärkte vorgenommen. Auch der „AK-Wohlstandsbericht 2023“ verzeichnet daher Rückschläge durch Pandemie und Teuerung und kommt zu einer pessimistischen Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Österreich (Premrov et al. 2023).

Abbildung 1: Investitionsquote des privaten Sektors (brutto)

Quelle: AMECO, eigene Berechnungen, (UITC + UITH)/UVGD

Die Reallöhne pro Kopf sind durch die Teuerungskrise massiv eingebrochen und erreichen laut WIFO-Prognose erst heuer wieder das Niveau von 2020. Die kollektivvertragliche Lohnpolitik hat vor allem den massiven Wohlstandsverlust bekämpfen müssen, der durch die Krisen der letzten Jahre entstand. Eine Lohnpolitik, die sich rein auf die Lohnstückkosten konzentrieren würde, hätte massive Wohlstandsverluste nach sich gezogen – ohne Garantie, dass dadurch die Exporte noch kräftiger gewachsen wären. Zudem waren die kollektivvertraglichen Lohnrunden durch eine Stärkung der solidarischen Lohnpolitik geprägt (Witzani-Haim/Marterbauer 2023). Nicht zuletzt in den exportorientierten Industrien wurde vonseiten der Interessenvertretungen der Sozialpartnerschaft aber auch versucht, auf die wirtschaftliche Situation der Unternehmen einzugehen. Die Metallindustrie verständigte sich mit den Gewerkschaften auf eine Wettbewerbs- und Beschäftigungssicherungsklausel, die unter Einbindung der Betriebsräte Flexibilität bei Härtefällen schuf. Die Sozialpartnerschaft hat somit zumindest im Bereich der Lohnpolitik die Krisen der letzten Jahre gut bewältigt. Wie im vorletzten Editorial der WUG (4/2023) ausgeführt, hat sie damit zudem zu einem Rückgang der Einkommensungleichheit beigetragen und somit ein zentrales Ziel wohlstandsorientier-

ter Wirtschaftspolitik erfolgreicher als in der Vergangenheit verfolgt. Dennoch gibt es einen nach wie vor zu großen Niedriglohnsektor mit ca. 299.000 betroffenen Personen im Jahr 2023 (Titelbach/Ertl/Forstner 2024, zur Methode siehe auch den Beitrag derselben Autor:innen in dieser WuG). Auch die Arbeitslosigkeit – und hier vor allem die Jugendarbeitslosigkeit – ist zuletzt wieder markant gestiegen, selbst wenn die niedrige Stellenandrangsziffer und der demografische Wandel mittelfristig zu einer Annäherung an Vollbeschäftigung führen sollten.

Der Sozialstaat sichert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

Das wirtschaftliche Handeln findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist eingebunden in den Sozialstaat und damit verbundene Rahmenbedingungen und soziale Zielsetzungen. Der österreichische Sozialstaat ist im internationalen Vergleich gut ausgebaut und erhöht das Potenzial der österreichischen Volkswirtschaft (Mayrhuber et al. 2018). Österreich hat ein umfassendes System der sozialen Sicherheit, das unter anderem Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Pensionen und Familienleistungen abdeckt. Dieses System ist weitgehend durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge finanziert und zielt darauf ab, soziale Ungleichheiten zu reduzieren und die Lebensqualität zu verbessern. Es ist aber auch für die Unternehmen und deren Wettbewerbsfähigkeit förderlich, wenngleich diese die Finanzierung des Sozialstaats zuletzt immer wieder angegriffen haben.

Der Sozialstaat steigert die Produktivität der Volkswirtschaft durch Investitionen in das soziale Sicherungssystem sowie Bildung (Johnson 2024). Durch Bildung wird mittel- und langfristig die Innovations- und Entwicklungsfähigkeit der Bevölkerung erhöht. Soziale Sicherungssysteme steigern dabei die Standortqualität durch automatische Stabilisatoren. Zu diesen zählen beispielsweise eine hohe Ersatzrate in der Pensionsversicherung und die Dauer und Höhe von Entgeltersatzleistungen durch die Arbeitslosenversicherung, welche auch zu notwendigen Anpassungsleistungen, wie einer Höherqualifizierung, ermutigen (Dullien et al. 2014). Durch den institutionellen Rahmen des Sozialstaates wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestützt, und in konjunkturell schwierigen Phasen werden die Erwartungen der Konsument:innen, Produzent:innen und Investor:innen durch diese dämpfende Wirkung stabilisiert, woraus eine gesamtwirtschaftliche Resilienz resultiert (Wink et al. 2016). Investive Sozialausgaben wie Sach- und Dienstleistungen erzeugen hingegen positive direkte und indirekte Beschäftigungseffekte durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und neue Arbeitsplätze in den Bereichen Gesundheit, Betreuung und Pflege.

Der Zusammenhang zwischen Sozialquote und der Wettbewerbsfähigkeit ist auch empirisch belegt (Mayrhuber et al. 2018), weshalb es im Interesse aller Akteur:innen ist, den Sozialstaat und daraus resultierende institutionelle Komplementaritäten (Gingerich/Hall 2009) auszubauen.

Herausforderungen für Österreich erfordern Kooperation

Die Notwendigkeit der Einhaltung der ambitionierten europäischen Klimaziele und der gleichzeitig rasante Fortschritt im Bereich der digitalen Innovationen stellen die gesamte Gesellschaft vor große Herausforderungen. Gleichzeitig bietet dies aber auch Chancen für jene Unternehmen, die als Vorreiter innovative Lösungen bieten können. Im Zentrum stehen die Dekarbonisierung der Wirtschaft und damit die Abkehr von fossilen Energieträgern, die aktuell aber noch mehr als zwei Drittel des österreichischen Energieverbrauchs decken (Statistik Austria 2024). Dies kann nur durch eine weitgehende Elektrifizierung mit erneuerbarem Strom als Hauptenergiequelle gelingen. Laut Schätzungen des Umweltbundesamtes (2024) wird der Stromverbrauch bis 2040 um fast 70 % steigen. Dementsprechend müssen die bestehenden Stromnetze ausgebaut werden, wobei die Kosten zukünftig verursachergerecht verteilt werden müssen, denn bis dato tragen private Haushalte einen überproportionalen Anteil der Netzkosten, und damit auch der Kosten des Ausbaus.

Die Industrie ist aufgrund ihres hohen Energiebedarfs besonders vom notwendigen ökologischen Umbau betroffen, da manche Industrieprozesse nur schwer oder gar nicht elektrifizierbar sind. Damit die Energiewende im Industriesektor gelingen kann, sind neben der Ökologisierung vor allem die Sicherung der Versorgung und leistbare Energiepreise entscheidend.

Die Elektrifizierung gelingt durch den Ausbau von Wind-, Sonnen- und Wasserkraft, und die Mobilität ist auf Batterien angewiesen. Die Herstellung dieser Produkte geht aber einher mit einem enormen zusätzlichen Bedarf an bestimmten Rohstoffen. Schätzungen zufolge verdoppelt sich etwa der Bedarf an seltenen Erden für Windräder bis 2030, bis 2050 steigt der Bedarf um das 1,5fache. Batterien für Autos mit elektrischem Antrieb werden den Lithiumbedarf bis 2030 um das 8,5fache und bis 2050 um das 22fache erhöhen (European Commission 2020). Dementsprechend hat der globale Wettlauf um wichtige Rohstoffe längst begonnen. Der Ausbau der Rohstoffversorgung aus heimischen und europäischen Quellen ist nur begrenzt möglich, und der Aufbau geschlossener und transparenter Rohstofflieferketten wird erschwert, indem einige wenige transnationale Unternehmen den globalen Rohstoffmarkt kontrollieren. Auch wenn die Wiederverwertung und Aufbereitung von Rohstoffen als Teil der Kreislaufwirtschaft zukünftig an Bedeutung gewinnen wird, hilft das in der gegenwärtigen Situation noch wenig.

Viele der Herausforderungen können einzelstaatlich nicht gelöst werden, es braucht ein geeintes und koordiniertes europäisches Vorgehen. An dieser Stelle wird auch klar, dass häufig die Kooperation von Ländern – und nicht der Wettbewerb und das Gegeneinander – die Lösung ist, wenn es um gemeinsame Ziele geht. Das gelingt in Ländern wie China und den Vereinigten Staaten aus vielen Gründen deutlich einfacher und rascher als in der Europäischen Union. Trotzdem gab es in den letzten Jahren eine Vielzahl an Initiativen wie den Net Zero Industry Act (VO (EU) 2024/1735 ABl. L 28.6.2024) oder die digitale Dekade (B (EU) 2022/2481 ABl. L 323/4), die die doppelte Transformation und die strategische Autonomie Europas unter-

stützen. Erstmals gelang auch eine gemeinsame europäische Anleiheemission (Aufbau- und Resilienzfazilität) zur Finanzierung von Investitionen für eine nachhaltigere und krisenfestere Europäische Union. Häufig fehlen aber spezifische Ziele, Zeitpläne und Pfade, die konkrete Maßnahmen und Anreizsystematiken inkludieren. Die koordinierte Abstimmung auf den politischen Ebenen innerhalb und zwischen den Mitgliedsstaaten ist Voraussetzung für das Setzen wirtschaftspolitischer Strategie- und Innovationsschwerpunkte.

Fazit: Es braucht mehr Kooperation, Investitionen, Qualifizierung und gute Arbeit

Wir lehnen die einseitige Fokussierung auf die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs ab. Denn Wettbewerbsfähigkeit findet vor allem auf unternehmerischer Ebene statt und ist dennoch nicht gleichzusetzen mit dem Vergleich von preislichen Entwicklungen. Sie muss holistischer gedacht werden als ergebnisorientierte Wettbewerbsfähigkeit, mit der wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele verfolgt werden. Wie im „AK-Wohlstandsbericht 2023“ analysiert, haben sich diese Dimensionen in den letzten Jahren eher negativ entwickelt (Premrov et al. 2023). Im europäischen Vergleich steht Österreich insgesamt mittelfristig gut da, auch wenn die Wirtschaftspolitik in der Bekämpfung der Teuerung versagt hat. Die Lohnpolitik und der gut ausgebaute Sozialstaat konnten die schlimmsten sozialen Folgen der Krisen abfedern. Vor allem in den Bereichen Klimaschutz, Digitalisierung und demografischer Wandel besteht ein hoher Aufholbedarf. Diese Herausforderungen müssen europaweit und gemeinsam gemeistert werden. Dafür braucht es eine mutige Industriepolitik und massive Investitionen – sowohl von Unternehmen als auch im öffentlichen Sektor auf allen Ebenen. Deren Koordination und Finanzierung ist eine der drängendsten Aufgaben der neuen EU-Kommission.

Die Innovationskraft der Unternehmen wird von ihren Beschäftigten geprägt. Das betont auch Enrico Letta, der in seinem Bericht eine fünfte Binnenmarktfreiheit für Innovation und Bildung fordert, ohne dabei aber auf die teils sehr schlechten und dadurch auch innovationshemmenden Arbeitsbedingungen an (außer)universitären Forschungseinrichtungen einzugehen (Letta 2024). Im Anwendungsbereich sind die Fähigkeiten der Beschäftigten das wichtigste Element beim sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, der bestehende Berufsbilder verändert und neue entstehen lässt, während andere wegfallen. Dadurch kommt der Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Bildungssystem und im Betrieb eine Schlüsselrolle zu, die dringend ausgeweitet werden muss. Dafür müssen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Gerade auf betrieblicher Seite kam es in den letzten Jahren in Österreich aber sowohl zu einem Rückgang an Lehrlingen bzw. Lehrbetrieben (Dornmayr 2023) als auch zu einer rückläufigen betrieblichen Weiterbildung (Statistik Austria 2022). Gleichzeitig geht aber aufgrund des voranschreitenden demografischen Wandels die Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter bis 2040 voraussichtlich um 245.000 Personen zurück (Horwath et al. 2022).

Dem gegenüber stehen einerseits eine steigende Erwerbsbeteiligung, vor allem älterer Arbeitskräfte, und andererseits ein ungenutztes Arbeitskräftepotenzial von bis zu 450.000

Menschen in Arbeitslosigkeit, unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung und der stillen Reserve sowie die 299.000 genannten Personen im Niedriglohnsektor (Angel et al. 2023; Titelbach et al. 2024). Diese wertvollen Ressourcen dürfen nicht verschwendet werden, und Unternehmen müssen sich im Wettbewerb um Fachkräfte zukünftig weitaus mehr als in der Vergangenheit um diese Personengruppen kümmern und altersgerechte Arbeitsplätze anbieten. Die Rot-Weiß-Rot-Karte zum Anwerben von Beschäftigten aus Drittstaaten wird den hohen Bedarf an Fachkräften jedenfalls nicht decken können. Wie auch im Kontext der doppelten Transformation erfordert das Ausmaß der absehbaren Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt eine gesamtgesellschaftliche Steuerung und sozialpartnerschaftliche Kooperation, die in eine österreichische und europäische Arbeitsmarkt- und Fachkräftestrategie eingebettet sein muss. Diese fehlt aber aktuell (Schmid 2024). Der zukünftig noch steigende Fachkräftebedarf kann nur mithilfe des Abbaus von Erwerbshindernissen, mit betrieblicher Weiterbildung und umfassender aktiver Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik bewältigt werden, um das volle Arbeitskräftepotenzial Österreichs zu heben.

LITERATUR

- Aiginger, Karl (1998).** A framework for evaluating the dynamic competitiveness of countries. *Structural Change and Economic Dynamics* 9, 159–188.
- Aiginger, Karl (2017).** Wettbewerbsfähigkeit: vom „gefährlichen“ Schlagwort zum Zukunftskompass. Die ökonomische Forschung und der Beitrag des WIFO. *WIFO Monatsberichte* 90 (12), 947–953.
- Aiginger, Karl/Bärenthaler-Sieber, Susanne/Vogel, Johanna (2013).** Competitiveness under New Perspectives. *WWWforEurope Working Paper* 44. Wien, *WWWforEurope*.
- Angel, Stefan/Bittschi, Benjamin/Horvath, Thomas/Kogler, Marion/Mahringer, Helmut (2023).** Aktivierbare Arbeitsmarktpotenziale und „Stille Reserven“ in Österreich. *WIFO-Studie im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien*.
- Beschluss (EU) 2022/2481** des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über die Aufstellung des Politikprogramms 2030 für die digitale Dekade, *ABl. L* 323/4. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32022D2481> (abgerufen am 22.07.2024).
- Blanchard, Oliver/illing, Gerhard (2009).** *Makroökonomie*. Pearson Deutschland GmbH.
- Carlin, Wendy/Glyn, Andrew/Van Reenen, John (2001).** Export Market Performance of OECD Countries: An Empirical Examination of the Role of Cost Competitiveness. *Economic Journal*, Royal Economic Society, Vol. 111 (468), 128–162.
- Dornmayr, Helmut (2023).** Lehrlingsausbildung im Überblick 2023. *Struktur, Trends und Perspektiven*. *ibw-Forschungsbericht* 217. Wien, Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft.
- Dullien, Sebastian/Fichtner, Ferdinand/Haan, Peter/Jaeger, Laslo/Jansen, Max/Ochmann, Richard/Tomasch, Erik (2014).** Eine Arbeitslosenversicherung für den Euroraum als automatischer Stabilisator: Grenzen und Möglichkeiten. Berlin, *DIW*.
- Eichhorst, Werner/Feil, Michael/Marx, Paul (2010).** Crisis, What Crisis? Patterns of Adaptation in European Labor Markets. *IZA Discussion Paper* No. 5045. Bonn, *IZA*.
- Engelkamp, Paul/Sell, Friedrich L. (2013).** *Mikroökonomie*. In: Paul Engelkamp/Friedrich L. Sell. *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Springer-Lehrbuch. Berlin/Heidelberg, Springer, 37–157. https://doi.org/10.1007/978-3-642-36522-5_2.
- European Commission (2020).** *Critical Raw Materials for Strategic Technologies and Sectors in the EU. A Foresight Study*. Online verfügbar unter <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/42882/attachments/1/translations/en/renditions/native> (abgerufen am 18.07.2024).

Fagerberg, Jan (1988). International Competitiveness. *The Economic Journal* 98 (391), 355–374. Online verfügbar unter <https://ideas.repec.org/a/ecj/econjl/v98y1988i391p355-74.html> (abgerufen am 18.07.2024).

Feigl, Georg/Zuckerstätter, Sepp (2012). Wettbewerbs(des)orientierung. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 117. Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/36286/WWWforEurope_PP_02.pdf (abgerufen am 18.07.2024).

Gingerich, Daniel/Hall, Peter (2009). Varieties of Capitalism and Institutional Complementaries in the Political Economy. *British Journal of Political Science* 39 (3), 449–482.

Glocker, Christian/Ederer, Stefan (2024). Hohe Verunsicherung hält Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. Wien, WIFO. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-5209/kp_2024_02.pdf (abgerufen am 18.07.2024).

Gonand, Frédéric./Journard, Isabelle/Price, Robert (2007). Public Spending Efficiency. Institutional Indicators in Primary and Secondary Education. OECD Economic Department Working Papers No. 543. <https://doi.org/10.1787/315010655867>.

Horvath, Thomas/Hyll, Walter/Mahringer, Helmut/Lutz, Hedwig/Spielauer, Martin (2022). Ältere am Arbeitsmarkt. Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen. Studie im Auftrag des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen. Wien, WIFO.

Johnson, Karl E. (2024). Rediscovering the Developmentalist-Productive Roots of Welfare State Policies. *Social Development Issues* 46 (2), 7.

Kowall, Nikolaus (2021). Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Ökonomie. *WISO Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift* 44 (4), 10–31.

Krugman, Paul (1994). Competitiveness: A Dangerous Obsession. *Foreign Affairs* 73 (2), 28–44.

Lessky, Franziska/Geppert, Corinna/Campbell, David F. J./Pausits, Attila (2022). Die Situation von (Nachwuchs-)Wissenschaftler:innen an österreichischen Hochschulen. Ergebnisse einer Sonderauswertung der APIKS-Austria-Befragung. Schriftenreihe Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen. Krems, Edition Donau-Universität Krems.

Letta, Enrico (2024). Much more than a market – Speed, Security, Solidarity. Empowering the Single Market to deliver a sustainable future and prosperity for all EU Citizens. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf> (abgerufen am 18.07.2024).

Mayrhuber, Christine/Firgo, Matthias/Pitlik, Hans/Guger, Alois/Walterskirchen, Ewald (2018). Sozialstaat und Standortqualität. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-7396/s_2018_sozialstaat_61006.pdf (abgerufen am 18.07.2024).

Peneder, Michael (2017). Competitiveness and industrial policy: from rationalities of failure towards the ability to evolve. *Cambridge Journal of Economics*, Volume 41, Issue 3, 829–858.

Peneder, Michael/Bittschi, Benjamin/Burton, Anna/Köppl, Angela/Url, Thomas (2023). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023. *WIFO-Monatsberichte* 12/2023, 845–856. Online verfügbar unter https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-9152/mb_2023_12_03_wifo-radar_.pdf (abgerufen am 18.07.2024).

Premrov, Tamara/Schöggel, Astrid/Schultheiß, Jana/Soukup, Nikolai (2023). AK-Wohlstandsbericht 2023. Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts in Österreich 2019–2024. Online verfügbar unter <https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC16958585/1/> (abgerufen am 18.07.2024)

Produktivitätsrat (Hg.) (2023). Produktivitätsbericht 2023. Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Wien, Oesterreichische Nationalbank. Online verfügbar unter <https://www.produnktivitaetsrat.at/publikationen/prod-jahresberichte.html> (abgerufen am 22.07.2024).

Schmid, Gabriele (2024). Fachkräfte offensiv ausbilden, aufspüren, holen. Analyse der Ursachen, Status der Quantifizierung und steuernde politische Maßnahmen aus Arbeitnehmer:innensicht. Whitepaper Fachkräftebedarf in Österreich. Wien, Arbeiterkammer Wien.

Statistik Austria (2022). Betriebliche Weiterbildung. Online verfügbar unter <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/betriebliche-weiterbildung> (abgerufen am 18.07.2024).

Statistik Austria (2024). Energiebilanzen Österreich 1970–2022. Online verfügbar unter <https://www.statistik.at/statistiken/energie-und-umwelt/energie/energiebilanzen> (abgerufen am 27.06.2024).

Stockhammer, Engelbert (2007). Funktionale Einkommensverteilung und aggregierte Nachfrage im Euro-Raum. *Wirtschaft und Gesellschaft* 33 (2), 175–198.

Titelbach, Gerlinde/Ertl, Martin/Forstner, Susanne (2024). Allgemeine Lohnuntergrenzen für Österreich, Betroffene, Verteilungswirkungen und makroökonomische Konsequenzen (inkl. Aktualisierung der Betroffenzahlen für 2023). Materialien zu *Wirtschaft und Gesellschaft* 251. Online verfügbar unter <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6898/1/titelbach-ertl-forstner-2024-lohnuntergrenzen-oesterreich-betroffene-verteilungswirkungen-makrooekonomische-konsequenzen.pdf> (abgerufen am 18.07.2024).

Umweltbundesamt (2024). Energie- und Treibhausgasszenario Transition. Wien.

Verordnung (EU) 2024/1735 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologien und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1724, ABl. L 26.6.2024. Online verfügbar unter https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:L_202401735#d1e1670-1-1 (abgerufen am 22.07.2024).

Wink, Rüdiger/Kirchner, Laura/Koch, Florian/Speda, Daniel (2016). Wirtschaftliche Resilienz in deutschsprachigen Regionen. Wiesbaden, Springer Fachmedien.

Witzani-Haim, Daniel/Marterbauer, Markus (2023). Das österreichische Lohnverhandlungssystem in der Teuerungskrise. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 4/2023, 121–140.